

# Testimonials und Aphorismen der Association La Suisse en Europe

Januar 2022

1. Die geopolitischen Verhältnisse haben sich seit dem Nein zum EWR im Jahre 1992 fundamental verändert. Damals erlaubten die transatlantische Hegemonie und die neue WTO der Schweiz eine lockere Bindung an die EU ohne gemeinsame Institutionen. Heute muss sich die EU in den globalen Auseinandersetzungen im Dreieck mit den USA und China behaupten und ist weniger in der Lage, auf ihre nahen Nachbarn Rücksicht zu nehmen. Die Proliferation autoritärer Regimes im Umkreis der Union zwingt die EU vermehrt zu Massnahmen, die durch die völkerrechtliche Verpflichtung der WTO zur Meistbegünstigung auch demokratische Drittstaaten und damit die Schweiz treffen, solange diese glaubt, weiterhin mit der überholten Rezeptur der 1990iger Jahre arbeiten zu können. Die Schweiz riskiert, ohne institutionelles Abkommen mit der EU in künftigen Krisen ganz alleine dazustehen.
2. Die Schweiz kann die Europadebatte nicht länger der Parteipolitik überlassen. Diese folgt ihrer eigenen Logik und scheut die Auseinandersetzung mit stetem Blick auf die nächsten Wahlen und in Rücksicht auf Sonderinteressen in der Wählerschaft. Die Zivilgesellschaft muss die Leistungen der EU als Chance für die Schweiz und ihre Zukunft kommunizieren. Sie muss die Funktionsweise und Probleme der Europäischen Union konstruktiv begleiten und das Interesse der Schweiz am europäischen Integrationsprozess aufzeigen. Sie muss die Grundlagen einer notwendig kooperativen Souveränität in Europa erklären.
3. "Only bad news are good news". Dieser Grundsatz gilt auch für Berichterstattung über die EU in der Schweizer Presse. Sie vermittelt naturgemäss ein Bild, das sich vor allem an aktuellen und ungelösten Problemen orientiert und die Errungenschaften der EU für selbstverständlich nimmt. Damit wird die Öffentlichkeit verleitet, von falschen Vorstellungen und Vorurteilen auszugehen. Fehlende Kenntnisse des Europarechts verstärken diese Effekte. Mehr Facts, mehr Sachlichkeit und weniger Ideologie sind für eine gute Debatte zu Europa erforderlich.
4. Den Schweizer Medien gelingt es nur ausnahmsweise, den Zusammenhang zwischen Binnenmarkt, Sicherheit und globalen geopolitischen Herausforderungen herzustellen. Diese Themen werden in separaten Rubriken abgehandelt. Sie lassen sich aber nicht voneinander trennen.
5. Die europäische Union ist nicht ein Wirtschaftspartner wie irgendein anderer mit dem wir Verträge abschliessen, sondern unsere gemeinsame Heimat. Wir Schweizerinnen und Schweizer sind auch Europäer.
6. Die Schweiz ist Teil Europas. Kulturell und wirtschaftlich. Geschichtlich ist sie durch, und in Europa entstanden, hat sich aber politisch unter Berufung auf Freiheit, Selbstbestimmung, direkte Demokratie sowie unter Rekurs auf Opportunismus ins neutrale Schneckenhaus zurückgezogen. Damit verkennt sie ihre Möglichkeiten der Mitgestaltung als starke Wirtschaft und stolze Demokratie in Europa. Sie perpetuiert im Ergebnis die Fremdbestimmung. Das muss sich ändern.
7. Die Schweiz leidet an Selbstüberschätzung und Minderwertigkeitsgefühlen zugleich. Sie feiert sich als Erfolgsmodell und reagiert wehleidig auf Kritik und trotzig auf Druck. Sie zieht sich politisch zurück und verpasst damit die Chance, ihre Erfolge einzubringen und mit andern an

der Zukunft Europas in der Welt zu bauen. Sie verkennt, dass ein gesundes Selbstbewusstsein auf Engagement und Mitbestimmung beruht.

8. Die EU ersetzt in Europa das Gegenspiel der Mächte durch das Recht. Dieses sichert ein grundlegendes Gleichgewicht auf dem Kontinent. Die Beziehungen sind nicht mehr allein der Machtpolitik überlassen. Wer hierzulande die Legitimität der EU in Frage stellt, redet der Machtpolitik das Wort und schadet damit der Schweiz und ihrer Zukunft.
9. Der Widerstand gegen die europäische Integration ist grösstenteils durch Sonderinteressen und Protektionismus motiviert. Teile der Binnenwirtschaft glauben, ihre Partikularinteressen besser in Bern als in Brüssel durchsetzen zu können und wollen in der EU keine Mitsprache. Begründet wird die Haltung unter Rekurs auf die nationale Souveränität. Diese aber ist dem Gemeinwohl, und nicht Sonderinteressen verpflichtet. Und Gemeinwohl verlangt heute in Europa oftmals gemeinsame Lösungen.
10. Nachhaltigkeit, insbesondere die Klimapolitik, kann heute national nicht mehr gelingen. Alleingang und Autarkie führen zur Überlastung der eigenen Umwelt und zur Zerstörung lebenswichtiger Ressourcen. Das gilt nicht nur für die Landwirtschaft und Biodiversität, sondern auch für die Energiewirtschaft. Allein internationale Zusammenarbeit und Handel und das Denken in europäischen Dimensionen vermögen hier ein Gleichgewicht zu schaffen.
11. Die Schweiz leidet in den Beziehungen zur EU darunter, dass sie alles bis ins Detail in Verträgen regeln sehen will. Nichts will man der rechtlichen Streitbeilegung überlassen, mit der in der EU und der WTO Probleme schrittweise und problemorientiert gelöst werden. Die Schweiz hat hier einen Nachholbedarf und muss lernen, dass in einem verfassten Europa das Recht und damit die gerichtliche Streitbeilegung eine zentrale Rolle spielen. .
12. Wer Global Switzerland und die Beteiligung am EU-Binnenmarkt als Widerspruch sieht, verkennt, dass die Teilnahme am EU-Binnenmarkt kein Schweizer Unternehmer daran hindert, weltweit Drittmärkte zu bearbeiten. Im Gegenteil. Schweizer Unternehmen gewinnen an weltweiter Konkurrenzfähigkeit, wenn sie über den grösseren europäischen Heimmarkt als Basis verfügen. Die Erfahrungen des Vereinigten Königreichs nach Brexit bestätigen diesen Befund.
13. Direkte Demokratie und liberale Grundwerte können heute nicht mehr im Alleingang geschützt werden. Sie bedürfen der Zusammenarbeit mit den Demokratien der Europäischen Union in einer Zeit zunehmender äusserer autoritärer und globaler Bedrohungen. Wer das verkennt, setzt die Demokratie aufs Spiel, schafft Raum für Populismus und autoritäre Entwicklungen. Ohne europäische Integration und ohne internationale Zusammenarbeit steht die direkte Demokratie auf Stufe von Gemeinde, Kanton und Bund längerfristig in Gefahr.
14. Die Verteidigung der liberalen Grundwerte und der Demokratie auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden kann nicht mehr im Alleingang verteidigt werden und beginnt nicht erst an der Landesgrenze. Die Schweiz muss global denken und handeln. Sie muss insbesondere das regionale Umfeld berücksichtigen und sich dort auch engagieren. Das ist heute die EU.